

**Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft  
und ihre fortgesetzte Bedeutung insbesondere  
für die NATO und Afrika**

---

von Mag. Arthur H. Lambauer

9., weiter ergänzte Fassung, 31. Dezember 2019

## Einleitung

Vorauszuschicken ist die Betonung, dass die in dieser Arbeit gleichsam als *advocatus diaboli* vorgenommenen Auslegungen von völkerrechtlichen Verträgen bewusst solche sind, die einer völkerrechtlichen Prüfung nicht standhalten können, sehr wohl aber im Wortlaut Platz finden und so geeignet sind, juridisch Unbedarfe über den Vertragsinhalt zu täuschen. Wirft man einen Blick in jene Länder, welche diese Verträge betreffen, wird evident, dass solche Täuschungen auch zu Hauf stattfinden.

Der in französischer Sprachfassung authentische *Vertrag über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*<sup>1</sup> (im Folgenden: der Vertrag) wurde am 27. Mai 1952 zu Paris abgeschlossen. Signatarmächte sind Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Großbritannien wurde, was die „Beistandsverpflichtung gegenüber einem Angriff“<sup>2</sup> angeht, im Vertrag vom 27. Mai 1952 zwischen dem *Vereinigten Königreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*<sup>3</sup> assoziiert.

Nach seinem Artikel 131 bedurfte der Vertrag der Ratifizierung und sollte nach seinem Artikel 132 in Kraft treten, sobald der letzte Signatarstaat dessen Ratifikationsurkunde in Paris hinterlegt hätte. Die Ratifizierung, und somit das Inkrafttreten des Vertrags als solches, scheiterte in Frankreich zufolge der Versagung der Zustimmung in der *Assemblée Nationale* der Dritten Französischen Republik. Doch genau genommen war Gegenstand der Abstimmung in der Französischen Nationalversammlung nicht der Vertrag, sondern eine sogenannte *question préalable*. Bei [WIKIPEDIA](#) ist dazu, was folgt, zu finden:

*La motion de rejet préalable a pour objet de faire reconnaître que le texte proposé est contraire à une ou plusieurs dispositions constitutionnelles ou de faire décider qu'il n'y a pas lieu à délibérer. Son adoption entraîne le rejet du texte à l'encontre duquel elle a été soulevée. Cette motion existe sous les formes d'exception d'irrecevabilité et question préalable au Sénat.*

Es handelt sich bei der *question préalable* somit um ein verfahrensrechtliches Instrument, das dazu dient, nicht den eigentlichen Beschlussgegenstand, sondern über die Frage abzustimmen, ob dieser gegen verfassungsrechtliche Bestimmungen verstößt.

Eine solche Abstimmung über die solche, vom Abgeordneten AUMERAN eingebrachte Frage fand in der Französischen Nationalversammlung am 30. August 1954<sup>4</sup> statt; und zwar mit dem Ergebnis, dass diese Frage bejaht, also die Behandlung des Vertrages als solchen abgelehnt wurde.

Dem ging eine Debatte voraus, in der AUMERAN u. a. ausführte, was folgt:

**M. Adolphe Aumeran.** En opposant la question préalable, j'ai voulu mettre un terme à nos querelles et à nos tergiversations. Le vote que je vous demande d'émettre aura, bien entendu, le sens d'un rejet du traité, mais ce sens seulement.

Diese kurze und prägnante Ansage könnte Programm gewesen sein! Denn einem daraus gezogenen Umkehrschuss könnte entnommen werden, dass zwar den Querelen nicht aber dem Vertrag ein Ende gesetzt werden sollte. Auch der zweite Satz weist in diese Richtung, wenn er im Futur (!) betont, dass die bejahende Abstimmung, „wohl verstanden, den Sinn einer Zurückweisung des Vertrages, aber nur diesen Sinn“ haben **wird**.

Meine Anfrage via Online-Eingabemaske auf der Seite des Französischen Außenministeriums um Beantwortung der Frage, ob Frankreich jemals eine offizielle Erklärung an die übrigen Signatarmächte des Vertrages abgegeben hat, wonach es den Vertrag nicht ratifizieren wolle, bzw. um Übermittlung einer Kopie dieser Demarche, erfuhr zunächst eine E-Mail-Antwort durch die *Archives diplomatiques à La Courneuve*, womit mir sinngemäß mitgeteilt wurde, dass die (unter Nennung des Archiv-Codes) bezeichneten, „bestens gehüteten“ Akten zum Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nur bei persönlichem Besuch in den Archiven einsehbar

<sup>1</sup> *Traité instituant la Communauté européenne de défense* (zu finden samt einer nicht authentischen deutschen Übersetzung im dt. [BGBl. II 1954, 342](#)).

<sup>2</sup> So die nicht authentische deutsche Übersetzung der Präambel des nachfolgend zitierten Vertrages.

<sup>3</sup> *Treaty between the United Kingdom and the Member States of the European Defense Community* (dt. BGBl. II 1954, 421; siehe FN 1!)

<sup>4</sup> Siehe dazu das Sitzungsprotokoll vom 30. August 1954, im [J.O. 1954/85, 4471](#)!

seien, was ich der dort verlinkten Homepage der Archives entnehmen wolle. Dort fand ich jedoch dann ein pdf-Formular zur Anforderung von elektronischen Kopien aus dem Archiv, welche auch per E-Mail übermittelt werden könnten, so das Formular. Daraufhin schrieb ich die Archive in *La Courneuve* erneut an und ersuchte unter Beischluss des ausgefüllten Formulars um Anfertigung und Zusendung einer allfälligen existierenden Note über die oben erörterte Mitteilung; was bislang unbeantwortet blieb.

Artikel 18 der Wiener Vertragsrechtskonvention<sup>5</sup> lautet:

- Article 18. OBLIGATION NOT TO DEFEAT THE OBJECT AND PURPOSE  
OF A TREATY PRIOR TO ITS ENTRY INTO FORCE***
- A State is obliged to refrain from acts which would defeat the object and purpose of a treaty when:
- (a) It has signed the treaty or has exchanged instruments constituting the treaty subject to ratification, acceptance or approval, until it shall have made its intention clear not to become a party to the treaty; or
  - (b) It has expressed its consent to be bound by the treaty, pending the entry into force of the treaty and provided that such entry into force is not unduly delayed.

Nun trat diese Konvention freilich erst 1980 in Kraft, sodass sie auf den Vertrag nicht anwendbar ist. Gleichwohl wurde auf der Wiener Vertragsrechtskonferenz seinerzeit geltendes Völkergewohnheits- und bilaterales Vertragsrecht kodifiziert, sodass man davon ausgehen wird können, dass der Inhalt des zitierten Artikels 18 auch schon 1954 bzw. 1952 galt. Dies wird implizit auch von WURM<sup>6</sup> bereits 1845 bestätigt.

Die Vorgangsweise, wie sie in der Französischen Nationalversammlung gewählt wurde, führt materiellrechtlich dazu, dass nicht der Vertrag, sondern dessen Behandlung aus verfassungswidrigen Gründen abgelehnt worden ist. Im Verein mit der offen gebliebenen Anfrage an *La Courneuve*, sowie letztendlich auch vor allem der Wortlaut des Vertrages, auf den sogleich einzugehen sein wird, veranlassen mich zur Annahme, dass eine solche Mitteilung Frankreichs (das selbst die Funktion der Verwahrungsmaßnahmen des Vertrags innehatte), wonach es nicht ratifizieren wolle, nie erstattet wurde. Indessen scheint auch der Beginn des Algerienkrieges am 1. November 1954 kein Zufall zu sein.

Sollte dies zutreffen, wäre der Vertrag in Schwebe und Frankreich gegenüber den anderen Vertragsmächten verpflichtet geblieben, den Zweck und Gegenstand des Vertrages nicht zu gefährden. Dies hätte umfassende Folgen gehabt, worauf der Vertragstext implizit einging, wie unten zu zeigen sein wird. Offenkundig war diese Vorgangsweise, einschließlich des Verhaltens Frankreichs minutiös geplant. Die verfassungsrechtlichen Hindernisse Frankreichs<sup>7</sup> lagen vor allem darin, dass der Vertrag den Oberbefehl über französische Truppen vom Französischen Präsidenten auf ein supranationales Organ übertragen hätte, was nicht mit der Verfassung in Einklang zu bringen war. An dieser französischen Rechtslage hat sich übrigens im Wesentlichen durch die Verfassung der Fünften Republik<sup>8</sup>, abgesehen von noch zu untersuchenden Sonderbestimmungen die Europäische Union betreffend, nichts geändert.

<sup>5</sup> Vienna Convention on the law of treaties; [155 UNTS 331](#).

<sup>6</sup> Die Ratifikation von Staatsverträgen, in: Deutsche Vierteljahrsschrift, 1845/1, Stuttgart/Thübingen (1845), [163](#).

<sup>7</sup> Siehe die Verfassung der Vierten Französischen Republik [hier](#).

<sup>8</sup> Siehe diese [hier](#).

### Der Vertrag über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

Obschon der Vertrag freilich mannigfaltige interessante Aspekte aufweist, die eine Diskussion wert wären, sollen hier nur jene seiner Stellen erörtert werden, die unmittelbaren Bezug auf die in der Einleitung aufgeworfene Frage haben.

Die Präambel des Vertrages enthält die folgenden relevanten Erwägungsgründe:

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE  
D'ALLEMAGNE, SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES,  
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, LE  
PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE, SON AL-  
TESSE ROYALE LA GRANDE-DUCHESSE DE LUXEM-  
BOURG, SA MAJESTÉ LA REINE DES PAYS-BAS,

Résolus à contribuer, en coopération avec les autres nations libres, et dans l'esprit de la Charte des Nations Unies, au maintien de la paix, notamment en assurant contre toute agression la défense de l'Europe occidentale, en étroite liaison avec les organismes ayant le même objet ;

Von anderen **europäischen** freien Nationen ist hier nicht ausschließlich die Rede. Mit den Organismen (*sic!*), welche ein gleiches Ziel haben, konnte an sich die Verabredung nach dem NAT<sup>9</sup> nicht gemeint sein, weil, wie andernorts<sup>10</sup> ausführlich gezeigt, derselbe eine dauernde Organisation technisch-Militärischem gar nicht (zwingend) vorsieht, zumal eine solche als dem Artikel 53 der UN-Charta widersprechend anzusehen wäre; sodass gesagt werden kann und muss, dass eine solche Bedeutung ihm erst mit dem Vertrag beigegeben wurde, was also der Einlegung eines Kuckuckseis in die NATO gleich kommt.

Considérant que l'intégration aussi complète que possible, dans la mesure compatible avec les nécessités militaires, des éléments humains et matériels que leurs forces de défense rassemblent au sein d'une organisation européenne supranationale est le moyen le plus propre à permettre d'atteindre ce but avec toute la rapidité et l'efficacité nécessaires;

Die so wie möglich komplette Integration, im mit militärischen Notwendigkeiten vereinbaren Maße, von menschlichen und materiellen Elementen, welche ihre Streitkräfte im Schoße einer supranationalen europäischen Organisation versammeln, soll demnach das geeignete Mittel sein, die Erlangung dieses Ziels (der Aufrechterhaltung des Friedens in enger Verbindung mit jenen Organismen) mit ganzer notwendiger Geschwindigkeit und Effizienz zu erlauben. Die USA und Kanada ließ man hier somit außen vor und beschloss unter sich, auf eine dergestalt bestimmte NATO gemeinsam Einfluss zu nehmen.

Soucieux de sauvegarder les valeurs spirituelles et morales qui sont le patrimoine commun de leurs peuples et convaincus qu'au sein de la force commune, constituée sans discrimination entre les États participants, les patriotismes nationaux, loin de s'affaiblir, ne pourront que se consolider et s'harmoniser dans un cadre élargi;

Beschworen werden hier nationale Patriotismen ausdrücklich in der Mehrzahl, was einer nationalistischen Abkehr von einer Solidarität mit den Völkern insbesondere Afrikas begünstigt; sodass sich die Frage erhebt, welcher erweiterte Rahmen hier gemeint ist, wo dies doch jener des Schoßes der gemeinsamen Streitkräfte nicht sein kann, ohne einen Widerspruch in sich zu generieren, sodass dafür nur die Ausdehnung des Operationsbereiches dieser gemeinsamen Streitkräfte (über deren Länder hinaus) gemeint sein kann.

Conscients de franchir ainsi une étape nouvelle et essentielle dans la voie de la formation d'une Europe unie;

<sup>9</sup> North Atlantic Treaty; [34 UNTS 243](#).

<sup>10</sup> LAMBAUER, Zur Anwendbarkeit des ISA-Regimes der UNCLOS auf trocken liegendes Land ([2014-2019](#)), 311 ff.

Mit dem Weg der Formierung eines vereinten Europas kann somit – bei Aufrechterhaltung nationaler Patriotismen – zunächst nur eine solche Vereinigung gemeint sein, die aufgrund eines äußeren Moments, mithin vor allem eines gemeinsamen Feindes zusammenhält.

**Ont décidé de créer une Communauté Européenne de Défense et ont désigné à cet effet comme plénipotentiaires :**

Damit war die Europäische Verteidigungsgemeinschaft gemeint.

Sodann folgt der Erste Titel des Vertrags mit grundlegenden Prinzipien. Der erste Artikel daraus lautet:

**TITRE PREMIER**  
**Principes Fondamentaux**  
**CHAPITRE PREMIER**  
**De la Communauté Européenne de Défense**

**Article premier**

Par le présent Traité les Hautes Parties Contractantes instituent entre Elles une COMMUNAUTÉ EUROPÉENNE DE DEFENSE, de caractère supranational, comportant des institutions communes, des Forces armées communes et un budget commun.

Dass solch eine Gemeinschaft den [Artikeln 52 und 53 UN-Charta](#) diametral widerspräche, wurde oben bereits angeschnitten.

Im folgenden Artikel 5 wird die enge Kooperation mit der NATO festgezurrt, wobei hier wohlweislich eben schon einmal von der Organisation des NAT gesprochen wird.

**Article 5**  
**La Communauté coopère étroitement avec l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord.**

Im nachfolgend zitierten Artikel 8 des Vertrages werden die Organe der Verteidigungsgemeinschaft benannt, wobei hier vor allem das Kommissariat interessieren wird:

**Article 8**

**§ 1. Les institutions de la Communauté sont:**

- un Conseil de Ministres, ci-après dénommé: le Conseil,
- une Assemblée commune, ci-après dénommée: l'Assemblée,
- un Commissariat de la Communauté, ci-après dénommé: le Commissariat,
- une Cour de Justice, ci-après dénommée: la Cour.

**§ 2. Sans préjudice des dispositions de l'article 126 ci-après, l'organisation de ces institutions, telle qu'elle est fixée par le présent Traité, demeurera en vigueur jusqu'à son remplacement par une organisation nouvelle résultant de l'établissement de la structure fédérale ou confédérale visée à l'article 38 ci-après.**

Hier, im Absatz 2 findet sich auch der erste operative Hinweis darauf, dass an eine vertragliche Operation vor Inkrafttreten gedacht war<sup>11</sup>: Aus dem grün hervorgehobenen Passus, wonach hieraus kein Präjudiz für Artikel 126<sup>12</sup> erschlossen werden soll, könnte praktisch der Umkehrschluss gezogen werden, dass dies aber für Artikel 132 sehr wohl gelte, nämlich dahin, dass die Einrichtung und Aktivität der Organe von einem Inkrafttreten unabhängig sei, was freilich Artikel 132 beinahe vollständig *ad absurdum* führte. Doch die dahinterstehende Idee ist durchaus martialisch-faktisch, also eigenmächtig, aus der Sicht der bewaffneten Macht; dies, nämlich dass ihr das Absurde einerlei ist, wird durch die folgenden Artikel erhärtet:

Offenkundig nachträglich wurden in den Vertragstext seine Artikel 19a und 25a eingefügt. Sie lauten:

**Article 19 bis**  
**Le Commissariat entre en fonctions dès la nomination de ses membres.**

---

<sup>11</sup> Man beachte, dass selbst die UN-Konferenz zu San Francisco oder auch die IAEA-Statuten eine vorbereitende vorvertragliche Operation vorkehrten.

<sup>12</sup> Artikel 126 des Vertrags lautet:

**Article 126**  
**Le Gouvernement de chaque État et le Commissariat pourront proposer des amendements au présent Traité. Cette proposition sera soumise au Conseil. Si celui-ci émet, à la majorité des deux tiers, un avis favorable à la réunion d'une Conférence des représentants des Gouvernements des États membres, celle-ci est immédiatement convoquée par le Président du Conseil, en vue d'arrêter d'un commun accord, les modifications à apporter aux dispositions du présent Traité.**  
**Ces amendements entreront en vigueur après avoir été ratifiés par tous les États membres, en conformité de leurs règles constitutionnelles respectives.**

Artikel 38 lautet:

**Article 38**

**§ 1. Dans le délai prévu au deuxième paragraphe du présent article, l'Assemblée étudie .**

**a. la constitution d'une Assemblée de la Communauté européenne de défense, élue sur une base démocratique ;**

**b. les pouvoirs qui seraient dévolus à une telle Assemblée ;**

**c. les modifications qui devraient éventuellement être apportées aux dispositions du présent Traité relatives aux autres institutions de la Communauté, notamment en vue de sauvegarder une représentation appropriée des États.**

**Dans ses études, l'Assemblée s'inspirera notamment des principes suivants :**

— l'organisation de caractère définitif qui se substituera à la présente organisation provisoire devra être concue de manière à pouvoir constituer un des éléments d'une structure fédérale ou confédérale ultérieure, fondée sur le principe de la séparation des pouvoirs et comportant, en particulier, un système représentatif bicaméral ;

— l'Assemblée étudiera également les problèmes résultant de la coexistence de différents organismes de coopération européenne déjà créés ou qui viendraient à l'être, afin d'en assurer la coordination dans le cadre de la structure fédérale ou confédérale.

**§ 2. Les propositions de l'Assemblée seront soumises au Conseil dans un délai de six mois à dater de l'entrée en fonctions de l'Assemblée. Avec l'avis du Conseil, ces propositions seront ensuite transmises par le Président de l'Assemblée aux Gouvernements des États membres, qui, dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle ils en auront été saisis, convoqueront une Conférence chargée d'examiner lesdites propositions.**

Und im Artikel 132 wird süffisant betont, dass es sich bei der Hinterlegung einer Ratifikationsurkunde lediglich um eine Formalität handelt.

**Article 132**

**Le présent Traité entrera en vigueur le jour du dépôt de l'instrument de ratification de l'État signataire qui procédera le dernier à cette formalité.**

**Au cas où tous les instruments de ratification n'auraient pas été déposés dans un délai de six mois à dater de la signature du présent Traité, les Gouvernements des États ayant effectué le dépôt se concerteraient sur les mesures à prendre.**

Dass die Nominierung und somit die Aufnahme der Tätigkeit auch vor Inkrafttreten des Vertrages stattfinden könne, wird hier nicht ausgeschlossen; was angesichts der Selbstverständlichkeit des Regelungsinhalts der Bestimmung höchst verdächtig ist und zu einem solchen Schluss geradezu einlädt.

### Article 25 bis

**Pour la première fois, le mandat du Président expire  
à la fin d'une période de trois ans.**

Um die Bedeutung dieser Bestimmung (des Artikels 25a), welche ins selbe Horn stößt<sup>13</sup>, verstehen zu können, muss auf jene Bedacht genommen werden, welche die Einrichtung des Kommissariats regeln. Es sind dies die folgenden:

## TITRE II Des Institutions de la Communauté

### CHAPITRE PREMIER

#### Le Commissariat

##### Article 19

**En vue de remplir des tâches qui lui incombent en vertu du présent Traité et dans les conditions prévues par celui-ci, le Commissariat est investi de pouvoirs d'action et de contrôle.**

Im ersten Kapitel des Zweiten Titels ist also das Kommissariat geregelt. Die hier, im Artikel 19, an zweiter Stelle genannten, im Vertrag vorgesehenen Bedingungen, unter denen dem Kommissariat Vollmachten zur Erfüllung seiner Aufgaben übertragen werden, schließen selbstredend Artikel 19a ein.

Artikel 20 lautet:

##### Article 20

**§ 1. Le Commissariat est composé de neuf membres nommés pour six ans et choisis en raison de leur compétence générale.**

Seuls les nationaux des États membres peuvent être membres du Commissariat. Celui-ci ne peut comprendre plus de deux membres ayant la nationalité d'un même Etat.

Les membres sortants peuvent être nommés de nouveau. Les membres du Commissariat ne peuvent, pendant la durée de leurs fonctions, exercer aucune autre activité professionnelle.

Le nombre des membres du Commissariat peut être réduit par décision du Conseil statuant à l'unanimité.

**§ 2. Dans l'accomplissement de leurs devoirs, les membres du Commissariat ne sollicitent ni n'acceptent d'instructions d'aucun Gouvernement. Ils s'abstiennent de tout acte incompatible avec le caractère supranational de leurs fonctions.**

Chaque État membre s'engage à respecter ce caractère supranational et à ne pas chercher à influencer les membres du Commissariat dans l'exécution de leur tâche.

Pendant une durée de trois années à partir de la cessation desdites fonctions, aucun ancien membre du Commissariat ne peut exercer une activité professionnelle que la Cour, saisie par lui ou par le Conseil, jugerait, en raison de sa connexité avec ces fonctions, incompatible avec les obligations découlant de celles-ci. En cas d'infraction à cette disposition, la Cour peut prononcer la déchéance du droit à pension de l'intéressé.

Und anschließender Artikel 21, wie folgt:

##### Article 21

**§ 1. Les membres du Commissariat sont nommés d'un commun accord par les Gouvernements des États membres.**

**§ 3. A l'expiration de la période initiale de trois ans, un renouvellement général a lieu.**

**§ 2. Les membres nommés pour la première fois après l'entrée en vigueur du présent Traité demeurent en fonctions pendant une période de trois ans à dater de leur nomination.**

Au cas où, pendant cette première période, une vacance se produit pour l'une des causes prévues à l'article 22 ci-après, cette vacance est comblée dans les conditions prévues au paragraphe 1 du présent article.

La même procédure s'applique au renouvellement général rendu nécessaire en cas d'application de l'article 36, § 2 ci-après.

**§ 4. Le renouvellement partiel des membres du Commissariat a lieu ensuite par tiers tous les deux ans.**

Aussitôt après le renouvellement général prévu au paragraphe 3 du présent article, il sera procédé par le Conseil à un tirage au sort pour désigner les membres dont le mandat viendra à expiration respectivement à la fin de la première et de la deuxième période de deux ans.

**§ 5. Au cas où les membres du Commissariat abandonnent leurs fonctions par application de l'article 36, § 2 ci-après, les dispositions des paragraphes 3 et 4 du présent article sont applicables.**

<sup>13</sup> Nämlich dahin, dass dieses erste Mal auch schon vor Inkrafttreten liegen könnte.

Das *sont nommés* im § 1 nimmt (auch) auf Artikel 19a Bezug. Der Passus *après l'entrée en vigueur du présent Traité*, im § 2, fehlt im insofern ähnlichen Artikel 25a, welch letzterer somit eine andere *erste Periode* meint, als dies im zweiten Unterabsatz des § 2 angedacht ist; wenn dort ausdrücklich von *dieser ersten Periode* die Rede ist, und nicht etwa nur von *der ersten Periode*. Dass solche Sichtweise zutrifft, zeigt § 3, der sogar atypisch von einer *initialen Periode* spricht und damit offenbar beide, die vorvertragliche und die nach Inkrafttreten, meint.

Wie auch immer, damit ist offengelegt, dass der Vertrag ausreichend Pulver für eine, wenn auch im Ergebnis nur fragwürdige Auslegung dahin enthält, die Einrichtung und vorbereitende Aktivität des Kommissariats schon vor Inkrafttreten des Vertrages als zulässig zu betrachten.

Dies gewinnt an immenser Bedeutung, wenn wir uns noch einige Bestimmungen aus dem zweiten Kapitel des Ersten Titels ansehen, welche die gemeinsamen Streitkräfte der Gemeinschaft regeln. Daraus wird zitiert wie folgt:

## CHAPITRE II Des Forces Européennes de Défense

### Article 9

**Les Forces armées de la Communauté, ci-après dénommées «Forces européennes de défense», sont composées de contingents mis à la disposition de la Communauté par les États membres, en vue de leur fusion dans les conditions prévues au présent Traité.**

**Aucun État membre ne recruterá ou n'entreindra des forces armées nationales en dehors de celles qui sont prévues à l'article 10 ci-après.**

Außer den in Artikel 10 vorgesehenen Streitkräften dürfen die Mitglieder demnach keine nationalen Truppen unterhalten.

Artikel 10 lautet:

### Article 10

**§ 1. Les États membres peuvent recruter et entretenir des forces armées nationales destinées à être employées dans les territoires non européens à l'égard desquels ils assument des responsabilités de défense, ainsi que les unités stationnées dans leur pays d'origine et nécessaires à la maintenance de ces forces et à l'exécution des relèves.**

**§ 2. Les États membres peuvent également recruter et entretenir des forces armées nationales répondant aux missions internationales qu'ils ont assumées, à Berlin, en Autriche ou en vertu de décisions des Nations Unies. A l'issue de ces missions, ces troupes seront soit dissoutes soit mises à la disposition de la Communauté. Des relèves peuvent être exécutées, avec l'accord du Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, par échange avec des unités composées de contingents originaires des États membres intéressés et appartenant aux Forces européennes de défense.**

**§ 3. Les éléments destinés, dans chaque État membre, à assurer la garde personnelle du Chef de l'État demeurent nationaux.**

**§ 4. Les États membres peuvent disposer de Forces navales nationales, d'une part pour la garde des territoires non européens à l'égard desquels ils assument les responsabilités de défense visées au paragraphe 1 du présent article et pour la protection des communications avec et entre ces territoires, et, d'autre part, pour remplir les obligations qui découlent pour eux des missions internationales visées au paragraphe 2 du présent article ainsi que d'accords conclus dans le cadre du Traité de l'Atlantique Nord antérieurement à l'entrée en vigueur du présent Traité.**

**§ 5. Le volume total des forces armées nationales visées au présent article, y compris les unités de maintenance, ne doit pas être d'une ampleur telle qu'elle compromette la participation de chaque État membre aux Forces européennes de défense, déterminée par un accord entre les gouvernements des États membres.**

**Les États membres ont la faculté de procéder à des échanges individuels de personnel entre les contingents qu'ils mettent à la disposition des Forces européennes de défense et les forces qui n'en font pas partie, sans qu'il doive en résulter une diminution des Forces européennes de défense.**

Nach § 1 können die Mitglieder nationale Truppen zum Einsatz in solchen Ländern unterhalten, deren Verteidigung sie vertraglich übernommen haben. Im Ergebnis des Artikels 10 können Mitglieder Truppen, welche sie in solche Länder entsandt haben, über den letzten Absatz des § 5 dieses Artikels dergestalt mit Truppen nach Artikel 13 tauschen, dass dadurch (im Umkehrschluss dazu) lediglich eine Vermehrung der Truppen der Gemeinschaft stattfindet, mithin diesen eingliedern, ohne dass dafür Truppen der Gemeinschaft zu den nationalen wechseln. Nach § 2 des Artikels 10 können UN-Truppen, wenn sie deren Mandat erfüllt haben, entweder aufgelöst oder der Gemeinschaft unterstellt werden, wobei diesbezüglich der relevante kompetente Oberkommandierende der NATO beizuziehen ist.

Dass hier die Rede vom relevanten kompetenten Kommando ist, stellt keinen Pleonasmus dar, sondern stellt auf besondere Befähigung ab, die wohl systemimmanent sein wird.

Artikel 12 und 13 lauten:

#### Article 12

§ 1. Dans le cas de troubles ou de menaces de troubles sur le territoire d'un État membre en Europe, la fraction des contingents fournis pas cet État aux Forces européennes de défense nécessaire pour faire face à cette situation est, sur sa demande, et le Conseil informé, mise à sa disposition par le Commissariat.

Les conditions d'emploi de ces éléments sont déterminées par la réglementation en vigueur sur le territoire de l'État membre demandeur.

§ 2. Dans le cas de sinistre ou de calamité nécessitant un secours immédiat, les éléments des Forces européennes de défense, quelle que soit leur origine, en état d'intervenir utilement, doivent prêter leur concours.

#### Article 13

Dans le cas d'une crise grave affectant un territoire non européen à l'égard duquel un État membre assume des responsabilités de défense, la fraction des contingents fournis par cet État aux Forces européennes de défense nécessaire pour faire face à la crise est, sur sa demande, et avec l'accord du Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, mise à sa disposition par le Commissariat, le Conseil informé. Les contingents ainsi détachés cessent de relever de la Communauté jusqu'au moment où ils sont remis à sa disposition, dès que leur emploi n'est plus nécessaire pour faire face à la crise.

Les implications militaires, économiques et financières du retrait ci-dessus prévu sont, dans chaque cas, examinées et réglées par le Commissariat, avec l'avis conforme du Conseil statuant à la majorité des deux tiers.

Mit Artikel 13 Absatz I letztem Halbsatz ist klargestellt, dass die Rückeingliederung von nach fernen Ländern entsandten Truppen auch bereits dann stattfinden kann, wenn diese sich noch ebendort befinden, so nur deren Bedarf zum Trotzen der Krise nicht mehr besteht.

Zuständig zur Abkommandierung solcher Truppen der Gemeinschaft zu nationalen Zwecken ist das Kommissariat.

Was Verteidigungspflichten europäischer Staaten in Afrika angeht, sei auf diverse Verträge mit afrikanischen Staaten verwiesen, so insbesondere auf jene zwischen Frankreich, der Zentralafrikanischen Republik, Tschad und dem Kongo<sup>14</sup>, oder jene zwischen Frankreich und Mali<sup>15</sup> oder zwischen Frankreich und Gabun<sup>16</sup>.

Die *Convention de cooperation technique en matière de formation du personnel de l'administration militaire malienne* (im Folgenden kurz: Formationskonvention 1977) sieht in ihrem Artikel 1(a) vor, was folgt:

*Article 1. a) Le Gouvernement de la République Française met à la disposition du Gouvernement de la République du Mali les personnels militaires français dont le concours lui est nécessaire pour la formation des cadres de son Administration militaire.*

Die Bedeutung des Substantivs *cadre* ist nach ACADEMIE FRANÇAISE<sup>17</sup> die folgende:

CADRE, se dit figurément et collectivement, en termes d'organisation militaire. Des officiers et sous-officiers attachés aux compagnies, en tant qu'ils sont destinés à diriger et unir ensemble les soldats qui les composent. A cette affaire, le bataillon fut fort maltraité, et ses cadres restèrent presque vides. Lorsque la paix paraît devoir être durable, les puissances sages congédient beau-

*camp de soldats, mais conservent des cadres forts et bien organisés. Un officier hors cadre. Il a été rayé des cadres.*

*Cadre de réserve*, Section de l'état-major général de l'armée, comprenant les officiers généraux qui, à cause de leur âge, ne sont plus en activité, mais qui n'ont pas encore été mis à la retraite et peuvent être employés activement en temps de guerre.

CADRE, en termes de Marine, Sorte de lit qui sert, sur les bâtiments, aux officiers, aux passagers, et aux malades de l'équipage. Nous avons dix hommes sur les cadres, Nous avons dix malades.

<sup>14</sup> Accord de défense, Brazzaville, 15. August 1960 ; [821 UNTS 299](#). Siehe dazu auch LAMBAUER, Zu den ersten Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Zentralafrikanischen Republik, [Teil I](#) und [Teil II](#), je (2019)!

<sup>15</sup> Accord de cooperation militaire technique, Bamako, 6. Mai 1985 ; [1654 UNTS 39](#); sowie die *Convention de cooperation technique en matière de formation du personnel de l'administration militaire malienne*, Bamako, 14. Oktober 1977 ; [1263 UNTS 283](#).

<sup>16</sup> Accord de défense, Libreville, 17. August 1960 ; [821 UNTS 17](#).

<sup>17</sup> Dictionnaire, Paris (1879), I, 236.

Die Rede ist hier also von der Ausbildung oder Formation der Führungsoffiziere; während Soldaten unteren Ranges nicht betroffen sind.

*Article 2. Les personnels français sont désignés par le Gouvernement français après agrément du Gouvernement de la République du Mali pour une durée fixée conformément à la réglementation française sur les séjours à l'extérieur. Cette durée peut être augmentée ou réduite d'un commun accord entre les Gouvernements.*

*Le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement de la République du Mali peuvent l'un et l'autre, après consultation, prendre l'initiative de la relève d'un assistant militaire technique en cours de séjour.*

*Les assistants militaires conservent les statuts qui sont les leurs dans la réglementation française. A ce titre ils sont affectés à une formation dite « bureau de coopération militaire » qui relève de l'Ambassade de France et qui est placée sous l'autorité de l'officier français le plus ancien dans le grade le plus élevé mis à la disposition de la République du Mali.*

*Article 3. Les personnels militaires français mis à la disposition du Gouvernement de la République du Mali revêtent la tenue civile ou l'uniforme français et servent, selon les règles traditionnelles d'emploi de leur arme ou service, avec le grade dont ils sont titulaires ou avec le grade supérieur. Ils ne peuvent en aucun cas être associés à la préparation et à l'exécution d'opérations de guerre, de maintien ou de rétablissement de l'ordre ou de la légalité.*

*L'examen des problèmes concernant la situation de ces personnels au regard de leur statut peut faire l'objet de missions des autorités françaises. Les conditions dans lesquelles s'accomplissent ces missions sont fixées par entente entre les deux Gouvernements.*

Obwohl sonst im Vertrag stets die beiden Regierungen oder Staaten peinlich genau und namentlich genannt werden, steht hier, im Artikel 2 Absatz 1 nur *die Regierungen*, was somit auf dritte hindeutet.

Dass im zweiten Absatz des Artikels 2 betrefts der Ablösung eines militärischen Assistenten während des Aufenthaltes recht geschwollen vom Ergreifen der Initiative gesprochen wird, gemahnt an die Ablöse-Vorschriften des oben diskutierten EVU-Vertrages.

Auch mit den Assistenten im Artikel 2 Absatz 3 sind offenbar nicht die *cadres* gemeint. Dass sie nach dessen Satz 2 nur *in dieser Eigenschaft*, mithin als dem Statut nach französischer Regelung Unterstehende, einem Büro für militärische Zusammenarbeit zugeordnet sind, welches der Französischen Botschaft untersteht und dem Befehl des ältest dienenden, der Malischen Regierung zur Verfügung gestellten Offizier unterstellt ist, wirft im Umkehrschluss die Frage auf, ob es auch Assistenten gibt, die, nach französischem Reglement, zu dem auch Völkerrecht zählt, nicht französischen Status sind und somit auch nicht dem genannten Büro angehören, noch dem Befehl des ältesten Offiziers unterstehen: sondern der NATO!

Im Hinblick darauf, dass nur französisches Personal, das Mali zur Verfügung gestellt ist, nicht zu Kriegszwecken herangezogen werden darf, stellt sich im Verein mit initiierten Terroraktivitäten aller Art in Mali durch Frankreich und Verbündete ferner die Frage, ob dadurch nicht ein Interesse bei Mali geweckt wird, die Initiative zu ergreifen, französisches Personal nach EVU mit NATO-Personal abzulösen, damit dieses sehr wohl in den Krieg ziehen könne.

Im *Accord particulier portant transfert à la République centrafricaine des compétences de la Communauté*, vom 12. Juli 1960,<sup>18</sup> heißt es in dessen Artikeln I und 2, wie folgt :

#### *Article 1<sup>e</sup>*

*La République centrafricaine accède, en plein accord et amitié avec la République française, à la souveraineté internationale et à l'indépendance par le transfert des compétences de la Communauté.*

#### *Article 2*

*Toutes les compétences instituées par l'article 78 de la Constitution du 4 octobre 1958 sont, pour ce qui la concerne, transférées à la République centrafricaine.*

<sup>18</sup> [814 UNTS 335](#); welcher je am selben Tag, im Wesentlichen Inhalt wortgleich, auch mit dem Tschad ([802 UNTS 59](#)) und dem Kongo ([821 UNTS 167](#)) abgeschlossen wurde.

Das Gelangen zur internationalen Souveränität und zur Unabhängigkeit soll nach Artikel I also durch die Übertragung der Kompetenzen der Gemeinschaft (*Communauté*) erfolgen. Die Communauté zielt auf den XII. Titel der Verfassung<sup>19</sup> der Fünften Französischen Republik in deren Originalfassung ab, welcher lautet:

*Titre XII  
De la Communauté*

*Article 77*

*Dans la Communauté instituée par la présente Constitution, les États jouissent de l'autonomie ; ils s'administrent eux-mêmes et gèrent démocratiquement et librement leurs propres affaires.*

*Il n'existe qu'une citoyenneté de la Communauté.*

*Tous les citoyens sont égaux en droit, quelles que soient leur origine, leur race et leur religion. Ils ont les mêmes devoirs.*

*Article 78*

*Le domaine de la compétence de la Communauté comprend la politique étrangère, la défense, la monnaie, la politique économique et financière commune ainsi que la politique des matières premières stratégiques.*

*Il comprend en outre, sauf accord particulier, le contrôle de la justice, l'enseignement supérieur, l'organisation générale des transports extérieurs et communs et des télécommunications.*

*Des accords particuliers peuvent créer d'autres compétences communes ou régler tout transfert de compétence de la Communauté à l'un de ses membres.*

*Article 79*

*Les États membres bénéficient des dispositions de l'article 77 dès qu'ils ont exercé le choix prévu à l'article 76.*

*Jusqu'à l'entrée en vigueur des mesures nécessaires à l'application du présent titre, les questions de compétence commune sont réglées par la République.*

*Article 80*

*Le Président de la République préside et représente la Communauté.*

*Celle-ci a pour organes un Conseil exécutif, un Sénat et une Cour arbitrale.*

*Article 81*

*Les États membres de la Communauté participent à l'élection du Président dans les conditions prévues à l'article 6.*

*Le Président de la République, en sa qualité de Président de la Communauté, est représenté dans chaque État de la Communauté.*

*Article 82*

*Le Conseil exécutif de la Communauté est présidé par le Président de la Communauté. Il est constitué par le Premier Ministre de la République, les chefs du Gouvernement de chacun des États membres de la Communauté et par les ministres chargés, pour la Communauté, des affaires communes.*

*Le Conseil exécutif organise la coopération des membres de la Communauté sur le plan gouvernemental et administratif.*

*L'organisation et le fonctionnement du Conseil exécutif sont fixés par une loi organique.*

*Article 83*

*Le Sénat de la Communauté est composé de délégués que le Parlement de la République et les assemblées législatives des autres membres de la Communauté choisissent en leur sein. Le nombre de délégués de chaque État tient compte de sa population et des responsabilités qu'il assume dans la Communauté.*

*Il tient deux sessions annuelles qui sont ouvertes et closes par le Président de la Communauté et ne peuvent excéder chacune un mois.*

*Saisi par le Président de la Communauté, il délibère sur la politique économique et financière commune avant le vote des lois prises en la matière par le Parlement de la République et, le cas échéant, par les assemblées législatives des autres membres de la Communauté.*

*Le Sénat de la Communauté examine les actes et les traités ou accords internationaux visés aux articles 35 et 53 et qui engagent la Communauté.*

<sup>19</sup> [https://www.senat.fr/evenement/revision/texte\\_originel.html#XII](https://www.senat.fr/evenement/revision/texte_originel.html#XII)

*Il prend des décisions exécutoires dans les domaines où il a reçu délégation des assemblées législatives des membres de la Communauté. Ces décisions sont promulguées dans la même forme que la loi sur le territoire de chacun des États intéressés.*

*Une loi organique arrête sa composition et fixe ses règles de fonctionnement.*

#### *Article 84*

*Une Cour arbitrale de la Communauté statue sur les litiges survenus entre les membres de la Communauté. Sa composition et sa compétence sont fixées par une loi organique.*

#### *Article 85*

*Par dérogation à la procédure prévue à l'article 89, les dispositions du présent titre qui concernent le fonctionnement des institutions communes sont révisées par des lois votées dans les mêmes termes par le Parlement de la République et par le Sénat de la Communauté.*

#### *Article 86*

*La transformation du statut d'un État membre de la Communauté peut être demandée soit par la République, soit par une résolution de l'assemblée législative de l'État intéressé confirmée par un référendum local dont l'organisation et le contrôle sont assurés par les institutions de la Communauté. Les modalités de cette transformation sont déterminées par un accord approuvé par le Parlement de la République et l'assemblée législative intéressée.*

*Dans les mêmes conditions, un État membre de la Communauté peut devenir indépendant. Il cesse de ce fait d'appartenir à la Communauté.*

#### *Article 87*

*Les accords particuliers conclus pour l'application du présent titre sont approuvés par le Parlement de la République et l'assemblée législative intéressée.*

Im Artikel 78 sind die Kompetenzen der Communauté festgelegt. Diese Kompetenzen, mit all ihrem Inhalt, werden durch den oben zitierten Vertrag aus 1960 übertragen. Dass die Communauté für das betreffende Vertragsland damit aufgelöst würde, wird in jenem Vertrag nicht gesagt.

Im oben zitierten letzten Absatz des Artikels 3 der Formationskonvention aus 1977 behält sich Frankreich wohlweislich vor, Streitigkeiten über das Statut der Militärs zu entscheiden.

Eines der Länder, die als erste Gebrauch von der im zuletzt zitierten Artikel 86 der Französischen Verfassung genannten Volksabstimmung gemacht haben, ist die Elfenbeinküste.

Am 4. Dezember 1958 stimmte das Ivorische Volk über seine Unabhängigkeit ab, was unmittelbar in den Status einer autonomen Republik der Gemeinschaft mündete und am 7. August 1960 zur Unabhängigkeit führte.<sup>20</sup> Dafür wurde am 11. Juli 1960 eine zu den oben zitierten analogen Konvention<sup>21</sup> über die Übertragung der Kompetenzen der Gemeinschaft mit Frankreich abgeschlossen, die allem Anschein nach am 7. August 1960 in Kraft trat.<sup>22</sup>

Bereits zuvor, am 30. Juni 1959 schlossen die Elfenbeinküste und Frankreich eine *Convention relative au Concours en personnel*<sup>23</sup> ab. Daraus ist nunmehr zu zitieren, wie folgt:

**Article 1er. --- Le Gouvernement de la République française mettra, éventuellement, à la disposition de la République de Côte-d'Ivoire, les personnels que le Gouvernement de cette République estimera nécessaires au fonctionnement des services publics institués sur son territoire et relevant de son autorité ; cette prestation est indépendante des concours faisant l'objet de conventions particulières, soit pour le fonctionnement de certains services ou établissements, soit pour l'exécution de missions temporaires à objectifs déterminés.**

<sup>20</sup> [https://fr.wikipedia.org/wiki/Histoire\\_de\\_la\\_C%C3%B4te-d%27Ivoire#L'ind%C3%A9pendance](https://fr.wikipedia.org/wiki/Histoire_de_la_C%C3%B4te-d%27Ivoire#L'ind%C3%A9pendance).

<sup>21</sup> <http://www.diplomatie.gouv.fr/traites/affichetraite.do?accord=TRA19600083>

<sup>22</sup> Dazu konnte ich im Netz keinen Beleg finden.

<sup>23</sup> <http://www.diplomatie.gouv.fr/traites/affichetraite.do?accord=TRA19590082>.

Zentral ist zunächst das hervorgehobene *relevant*. Zumal es keine beugende Endung aufweist, muss es entweder Teil einer partizipialen Konstruktion oder aber die männliche singuläre Form eines adjektivisch gebrauchten Partizips sein. Dazu erfahren wir bei BENECKE<sup>24</sup>, was folgt:

### § 136. Die Particinal-Konstruktion.

- 1) Die Participlien dienen im französischen Satze zum Ausdruck von Bestimmungen, denen im Deutschen Relativ-, Temporal- oder Kasusalsätze entsprechen.

2) Als Bestimmungen dieser Art haben sie entweder dasselbe Subjekt, wie der Hauptsatz, und dann heißt das Participle „Participe conjoint“ und die Konstruktion „Verbundene Participial-Konstruktion“ — oder sie haben ihr eigenes Subjekt, in welchem Falle das Participle „Participe absolu“ und die Konstruktion „Absolute Participial-Konstruktion“ genannt wird.

bzw.:<sup>25</sup>

### 3. Das Wichtigste über den Gebrauch des Particips.

## I. Das Participle als Adjektiv.

Die Particien des Präsens und des Perfekts (Participe présent und Participe passé) können wie Adjektive attributiv und prädikativ gebraucht werden. Z. B.

### Attributiv:

Ein glänzender Erfolg	un succès brillant.
Ein glänzender Sieg	une brillante victoire.
Ein sicheres Glück	un bonheur assuré.

### Prädikativ:

Die Partizipien werden dann ganz wie die Adjektive in Bezug auf Zahl und Geschlecht behandelt.

In betreff der Stellung ist im allgemeinen zu merken, daß das Particíp des Präsens, attributiv gebraucht, meist hinter dem Substantiv steht, und daß das ebenso gebrauchte Particíp des Perfekts regelmäßíg diese Stelle hat.

Daraus ergibt sich nun, dass sich das *relevant* im obigen Zitat entweder auf *le Gouvernement* (an erster Stelle) oder auf *le Gouvernement* (an zweiter Stelle) bezieht, und zwar wohl als Teil der damit gebildeten Partizip-Konstruktion.

Die Bedeutung dessen ist frappant! Denn bezieht es sich auf die französische Regierung, so muss sich das ihm nachfolgende *son* auf die Ivorische beziehen, was hieße, dass die erstere der letzteren unterstellt wäre; und umgekehrt. Feststeht, dass sich das *relevant* nicht auf *les personnels* beziehen kann, weil ihm zum einen eine spezifische plurale Endung fehlt und zum anderen *les personnels* kein Subjekt, sondern Akkusativ-Objekt ist.

Wir haben es also mit einem Vertrag zu tun, der, um es vorweg zu nehmen, mit seinem Artikel I, welcher gleichfalls außerhalb des Ersten Titels des Vertragstextes gestellt ist, eine Parallele zum ebensolchen Artikel I der Französischen Verfassung aus 1958 zieht, der da lautet:

## Article premier.

La République et les peuples des territoires d'Outre-Mer qui, par un acte de libre détermination, adoptent la présente Constitution instituent une Communauté.

La Communauté est fondée sur l'égalité et la solidarité des peuples qui la composent.

<sup>24</sup> *Französische Schul-Grammatik*, Teil II<sup>8</sup>, Potsdam (1882), 357.

<sup>25</sup> DERS., *ebd.*, Ausgabe B, Abteilung II<sup>2</sup>, Potsdam (1884), 25.

Außerdem unterstellt er die eine beteiligte Regierung der anderen. Davon ausgehend, dass zweifelhaft sein kann, ob die Elfenbeinküste überhaupt souverän gewesen sei, zumal sie keine funktionierende Verwaltung hatte, könnte die Variante ihrer Unterordnung unter die französische zutreffen.

Konform mit dem UN-Prinzip der souveränen Gleichheit aller UN-Mitglieder (Artikel II/1 [UN-Charta](#)) kommt aber nur jene Variante infrage, bei der die französische Regierung, als Truppen bereit stellende, dem Befehl der Ivorischen untersteht, was sich auch allein mit der Vertragsbestimmung vertrüge, wonach diese Truppen zur Verfügung der Ivorischen Regierung gestellt werden.

Tiefergründig könnte das aber auch darauf hindeuten, dass das französische Militär, welches ja hier in erster Linie betroffen ist, in hochverräterischer Manier sich Regierungsagenden anmaßt, womit auch der Kreis zur oben erörterten perpetuierten Pflicht Frankreichs geschlossen wäre, den EVG-Vertrag nicht zu brechen, was – nun noch offenkundiger - auf militärischen Einfluss zurückgegangen sein wird.

Zu alledem hinzukommt freilich, dass die im obigen Text orange hervorgehobenen übrigen Passagen des Artikels I gegenüber rechtlich unbedarften oder unerfahrenen Ivorischen Repräsentanten weiten Spielraum zur Missinterpretation der Bestimmung bieten:

So könnte als unklar dargestellt werden, worauf sich das erste *cette* bezieht: nämlich auf die französische oder die Ivorische Regierung; was durch das zweite *cette* unterstrichen wird, welches sich ja („gleichfalls“) auch auf den ersten Teil des Halbsatzes vor dem Strichpunkt bezieht.

Dergleichen bietet das *eventuellement* verwirrenden Auslegungsraum, indem (zur Druckausübung) eine Verpflichtung Frankreichs infrage gezogen werden könnte, obschon es sich in Wahrheit freilich umgekehrt verhält, zumal diese Leistungspflicht Frankreichs von einer Anforderung der Elfenbeinküste abhängt.

Dass aber all das *indépendante* von Spezialabkommen sein soll, perpetuiert die Lage, einerlei, in welche Richtung sie fällt.

Anzumerken ist schließlich noch, dass die Elfenbeinküste erst durch Resolution [S/RES/150\(1960\)](#) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, vom 23. August 1960, aufgrund deren Eintrittsgesuchs vom 12. August 1960, [S/443I](#), der Generalversammlung zur Zulassung zur Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen vorgeschlagen wurde, was zur Aufnahme in diese Organisation durch Resolution der letzteren, [A/RES/1484\(XV\)](#), vom 20. September 1960, führte.

Nichtsdestotrotz verböte eine, wie oben beschriebene Auslegung zulasten der Elfenbeinküste freilich Artikel 103 [UN-Charta](#), der da lautet:

*In the event of a conflict between the obligations of the Members of the United Nations under the present Charter and their obligations under any other international agreement, their obligations under the present Charter shall prevail.*

Im Zwischenergebnis übt die Elfenbeinküste solange bezügliche souveräne Macht über die Französische Regierung aus, als letztere der ersten Truppen zur Verfügung stellt, was in der Praxis vermutlich umgekehrt gehandhabt wurde.

Artikel 2 der Konvention aus 1959 lautet:

**Titre I. — Des modalités du concours apporté par la République française.**

**Article 2. — Dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Gouvernement de la République de Côte-d'Ivoire notifie au Gouvernement français la liste des emplois qu'il désire pourvoir en faisant appel à des fonctionnaires régis statutairement par la réglementation de la République française auxquels ces emplois seraient confiés pour une durée de deux ans.**

**Le niveau de la rémunération et la nature de chacun de ces emplois sont déterminés par référence ou assimilation aux emplois publics de la République de Côte-d'Ivoire. En cas d'impossibilité, le niveau et la nature de chaque emploi sont précisés par une notice *ad hoc*.**

Les deux Gouvernements déterminent alors d'un commun accord la liste des emplois qui pourront être occupés par des fonctionnaires mis par la République française à la disposition de la République de Côte-d'Ivoire. Cet accord pourra être révisé tous les ans.

Dans la limite des effectifs ainsi arrêtés, le Ministre d'État, chargé de l'Aide et de la Coopération met à la disposition de la République de Côte-d'Ivoire le personnel que le Gouvernement français aura pu prélever sur ses propres disponibilités.

Au cas de cessation de service avant le terme normal, le Gouvernement de la République française pourvoit, à la demande de la République de Côte-d'Ivoire et dans la mesure de ses moyens, au remplacement du personnel défaillant.

Zumal die eigenen Verfügbarkeiten Frankreichs bereits im ersten blau hervorgehobenen Passus behandelt sind, könnte man das an zweiter Stelle blau hervorgehobene *ses* auch auf die Ivorische Republik beziehen, was zum Ergebnis hätte, dass Frankreich über die Bedürfnisse der Elfenbeinküste entscheidet.

Die Artikel 3 und 4 lauten:

**Article 3. — Dans le cadre des conventions, notamment culturelles, passées entre les deux Gouvernements, la République française facilitera, dans toute la mesure de ses moyens, la formation ou le perfectionnement dans les établissements français des fonctionnaires et agents autochtones présentés par le Gouvernement de la République de Côte-d'Ivoire.**

**Article 4. — En vue de pourvoir aux emplois prévus à l'article 2, paragraphe 3 ci-dessus, le Gouvernement de la République française soumet dans les meilleurs délais à la République de Côte-d'Ivoire les listes nominatives des personnels qu'il envisage de mettre à sa disposition pour servir sur son territoire. Ces listes sont constituées par services, et par niveau et nature d'emplois.**

A partir de la réception de ces listes, le Gouvernement de la République de Côte-d'Ivoire dispose d'un délai d'un mois pour nommer les candidats proposés, ou faire connaître son refus.

Passé ce délai, ou en cas de refus, le Gouvernement de la République française reprend la libre disposition du personnel non nommé.

Il procédera, toutefois, dans la mesure de ses possibilités, à de nouvelles propositions qui pourront être suivies de nominations ou de refus dans les mêmes conditions que ci-dessus.

Das blaue *qu'il* lässt sich (gleichsam) zwanglos auf das blau hervorgehobene *le* bei der Französischen Regierung beziehen, schon zumal die Ivorische Regierung dazwischen gar kein Subjekt ist; was dazu führte, dass insbesondere das rot unterstrichene *son* sich auch auf Frankreich beziehe könnte, was wiederum zweierlei Aspekte in sich birgt: nämlich zum einen jenen, das Ivorische Gebiet zu französische würde, und zum anderen, dass - fasste man das rote unterstrichene *sa* doch als sich auf die Elfenbeinküste beziehend auf – die letztere mit unter ihrem Befehl stehendem französischem Militär das Mutterland besetzte.

Geht man davon aus, dass französische Kandidaten nach der Liste laut Artikel 4/1 bereits vor deren Bestellung etwa nach Afrika reisen könnten, um sich der Ivorischen Regierung zu präsentieren, welche sie ja binnen Monatsfrist auswählen muss, erweist sich der grün hervorgehobene Absatz drei des Artikels IV als in direkter Verbindung mit dem EVG-Vertrag stehend, wo die Rücknahme durch die EVG von Soldaten geregelt ist, die vor Ort nicht mehr gebraucht werden.

Und der violett hervorgehobene Absatz 4 perpetuiert dieses Szenario.

An dieser Stelle sollte zum oben zitierten Artikel 12 des EVG-Vertrages ergänzend darauf hingewiesen werden, dass drohende Unruhen auf europäischem Nationalgebiet ihre Ursachen auch in Afrika haben können, sodass letzteren als Situation ebendort zu trotzen sei.

Artikel 5 dieser oben zitierten Konvention lautet:

**Article 5.** — La nomination des candidats agréés est prononcée par décision de l'autorité compétente de la République de Côte-d'Ivoire pour une durée de deux ans et pour compter de la date d'arrivée de l'intéressé sur le territoire de ladite République.

Au reçu de la notification de nomination, avec indication de la date d'effet, et, éventuellement, de la date de prise en charge des émoluments, le Ministre d'Etat prononce la mise à la disposition de la République de Côte-d'Ivoire; il prend toutes les mesures nécessaires à son acheminement vers le territoire de cette République.

Toute mutation d'un fonctionnaire visé par la présente Convention, envisagée par le Gouvernement de la République de Côte-d'Ivoire, dont le résultat serait de changer sensiblement le niveau ou la nature de l'emploi auquel il a été nommé en vertu de l'article 4 ci-dessus, fera l'objet d'une consultation entre les deux Gouvernements.

Welche die kompetente, hier blau hervorgehobene Behörde der Elfenbeinküste sein soll, wird hier nicht gesagt, was der Möglichkeit Tür und Tor öffnet, dass (mit-)bestimmender Teil dieser Behörde auch von Frankreich Entsandte sein können.

Zu nominieren seien Kandidaten, wie sie hier, violett hervorgehoben, genannt werden, wobei deren Ernennung für zwei Jahre ab dem Datum der Ankunft des Interessierten erfolge. Im Verein mit der Bestimmung des Absatzes 2, wonach in der Nomination auch der Beginn deren Wirksamkeit anzugeben ist, bestätigt dies die obige Annahme, dass Interessierte bereits vor deren Ernennung einreisen; denn andernfalls wäre der Ivorischen Behörde unter Umständen unmöglich, dieses Datum zu nennen, wo es doch ab Einreise gelten soll und dem (wohl französischen) hier blau hervorgehobenen Außenminister erst obliegen soll, die notwendigen Maßnahmen für die Beförderung nach der Elfenbeinküste zu ergreifen, sodass dieses Datum auch in der Zukunft liegen kann, sofern nicht die zuvor angenommene vorherige Einreise stattfindet.

An dieser Stelle noch einmal auf Artikel I zurückkommend, ist hier auch festzustellen, dass der Ivorischen Regierung gar nichts anderes übrig bleibt, als auch entsandte **unliebsame** Interessierte (etwa mangels anderer Auswahl) für *necessaires* im Sinne des Artikels I einzuschätzen, weil diese *erklärte Notwendigkeit* ja ebendort an die Unterstellung ihrem Befehl geknüpft ist: Nur wer für notwendig erklärt wird, wird dem Ivorischen Befehl unterstellt, ließe sich argumentieren.

Artikel 6 aber lautet:

**Article 6.** — Les fonctionnaires régis par la législation et la réglementation de la République française qui, à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, sont en fonction sur le territoire de la République de Côte-d'Ivoire dans des services relevant de l'autorité de son Gouvernement, sont considérés comme mis à la disposition de cette République en vue de continuer à exercer les fonctions dont ils sont titulaires. Ils sont nommés dans les conditions prévues à l'article 5 ci-dessus.

Ils sont, dès ce moment, soumis aux dispositions de la présente Convention. Toutefois, en ce qui les concerne, l'expiration de la période de mise à la disposition prévue à l'article 5 ci-dessus, correspond au terme de leur séjour réglementaire en cours augmenté du congé auquel ce séjour donne droit.

Les deux Gouvernements se communiqueront par simple échange de lettres dans le délai d'un mois à compter de la signature de la présente Convention, la liste des fonctionnaires auxquels ils n'entendent pas appliquer les dispositions ci-dessus. Ces derniers seront alors rapatriés dans un délai maximum de trois mois, par les soins et à la charge de la République française.

Le Gouvernement de la République de Côte-d'Ivoire fera parvenir, dès que possible, au Chef de la Mission d'Aide et de Coopération, une ampliation de l'acte de nomination prévue à l'article 5 ci-dessus, pour chaque fonctionnaire mis à sa disposition dans le cadre du présent article.

Im ersten Absatz findet sich dasselbe Phänomen wie oben bereits gehabt: Das hellgrün unterstrichene *relevant* bezieht sich als *participe conjoint* offenkundig auf die gleichfalls hellgrün unterstrichenen *fonctionnaires*. Damit leuchtet auch ein, dass sich das rot unterstrichene *son* auf die ebenso unterstrichene Französische Republik bezieht.

Mit dem Passus *séjour réglementaire* im Absatz 2 ist klargestellt, dass der Aufenthalt von *interessés*, vor der *nomination*, nicht *réglementaire* ist. Wohl deshalb wird hier, im zweiten Satz, auch so sehr betont, dass dieser nur gilt, *was sie betrifft*.

Dass nicht übernommenen alten Funktionären nach Absatz 3 drei Monate zeit gelassen wird, das Land zu verlassen, korrespondiert mit deren Urlaubsansprüchen, welche, so gerade eben Absatz 2, nicht in die reguläre Dauer des Aufenthaltes einbezogen wird; sodass diese Funktionäre gleichsam vogelfrei (für die NATO) sind. Auch, dass die Frist zur Mitteilung jener, die nicht übernommen werden sollen, einen Monat dauert, ist aus denselben Gründen beträchtlich.

Das Erfordernis nach Absatz 4 einer Bestätigung der Nomination *sobald als möglich*, öffnet Missbrauch Tür und Tor.

Sodann folgt Artikel 7:

**Article 7. — A l'expiration de la période fixée à l'article 5 ci-dessus, le personnel se trouve de plein droit remis à la disposition du Ministre d'Etat chargé de l'Aide et de la Coopération.**

Cette période peut toutefois être prolongée d'un maximum de six mois, sauf cas de force majeure, ou raison de santé, par simple échange de lettres intervenu au moins un mois avant l'expiration du délai normal.

Dans tous les cas, la mise à la disposition peut être renouvelée dans les formes où elle a été prononcée.

Die Rückstellung an den französischen Außenminister, welche sich allein auf die Frist nach Artikel 5 bezieht, bestätigt somit, dass hiervon die nach Artikel 6 nicht übernommenen Funktionäre nicht betroffen sind. Damit sind wir gleichfalls mitten in der NATO!

Der Artikel 8 aber lautet:

**Article 8. — Le Gouvernement de la République française et celui de la République de Côte-d'Ivoire se réservent le droit de mettre fin à tout moment à la mise à la disposition ou à l'emploi à charge de notification simultanée à l'autre Gouvernement et à l'intéressé, par l'intermédiaire du Chef de la Mission d'Aide et de Coopération et moyennant un préavis de trois mois à compter du jour de la notification.**

A titre exceptionnel, et au cas où, à l'appréciation de l'un ou de l'autre des deux Gouvernements, le maintien de l'intéressé dans son emploi pourrait présenter de sérieuses difficultés, le Gouvernement de la République française, aussi bien que celui de la République de Côte-d'Ivoire peuvent passer outre à l'obligation de préavis.

La décision doit être motivée.

Dans tous les cas où la remise à disposition intervient avant le terme normal et par décision du Gouvernement de la République de Côte-d'Ivoire, l'ensemble des frais résultant du passage de retour selon la réglementation française est à la charge de ladite République.

Cette remise à disposition ne fait pas obstacle au remplacement de l'intéressé dans les conditions prévues à l'article 2 ci-dessus.

Das im ersten und im zweiten Absatz unterstrichene *emploi*, vor allem im Gegensatz zur *mise à la disposition* laut erstem Absatz stellt klar, dass es auch einen Einsatz in der Elfenbeinküste gibt, im Rahmen dessen keine solche Befehls-Unterstellung erfolgt, was desgleichen zur NATO passt, wobei an dieser Stelle abermals daran zu erinnern ist, dass Frankreich aufgrund eigener verfassungsrechtlicher Bestimmungen gar keine Möglichkeit hatte, einem fremden Staat die eigenen Truppen zu unterstellen; außer eben durch das Reglement des EVG-Vertrages, der schwiegend gilt.

Der vierte Absatz aber hat es in sich: Er legt fest, dass ein Rücktransport nach Frankreich nur für jene gilt, deren Aufenthalt durch Entscheidung der Ivorischen Regierung vorzeitig endet. Und selbst hier fehlt eine klare Anordnung, binnen welcher Frist dies zu geschehen habe.

Der letzte Artikel dieses Titels, der neunte, lautet:

**Article 9. — Sous réserve des dispositions de l'article 6 ci-dessus, l'octroi au fonctionnaire des congés administratifs auxquels lui donne droit la réglementation en vigueur dans la République française ne met pas fin à la mise à la disposition définie par la présente Convention.**

L'évacuation sanitaire du fonctionnaire, les congés de convalescence et, de longue durée accordés hors du territoire de la République de Côte-d'Ivoire aux fonctionnaires et agents considérés, mettent fin à la mise à la disposition.

Il en est de même du congé de maladie, lorsqu'il comporte rapatriement.

Les frais de rapatriement ou d'évacuation sanitaire sont alors à la charge de la République française.

Im ersten Absatz erfolgt eine Klarstellung, dass der Urlaub die Befehls-Unterstellung nicht beendet: Zu aller Verwirrung fehlt hier eine Angabe, wem unterstellt worden ist. Hinzukommt die Malversation ermögliche Anordnung, dass dieser Urlaub französischer Regelung unterliegt.

Im zweiten Absatz ist interessant, dass nur lange Aufenthalte im Ausland die Ivorische Befehls-Unterstellung beenden soll, was Einsätzen gegen Frankreich Tür und Tor öffnet. (Siehe zu diesem absurd anmutenden Ergebnis unten bei Artikel 10 Absatz 4!)

Absatz 10 der Konvention lautet:

**Titre II. — Des obligations réciproques  
des Gouvernements et des fonctionnaires.**

**Article 10. — Les fonctionnaires et agents qui sont mis à la disposition de la République de Côte-d'Ivoire en vertu de la présente Convention exercent leurs fonctions sous l'autorité de ce Gouvernement, et sont tenus de se conformer à ses règlements et directives.**

Ils sont liés par l'obligation de discréction professionnelle pour tout ce qui concerne les faits ou informations dont ils ont connaissance, dans l'exercice de leurs fonctions.

Ils doivent s'abstenir de tout acte susceptible de mettre en cause, soit le Gouvernement de la République française soit le Gouvernement de la République de Côte-d'Ivoire, soit la Communauté.

**Les deux Gouvernements** s'interdisent également d'imposer aux fonctionnaires visés par la présente Convention toute activité ou manifestation présentant un caractère étranger au service.

Dans l'exercice de leurs fonctions, les fonctionnaires objets de la présente Convention reçoivent, d'une façon générale, aide et protection du Gouvernement de la République de Côte-d'Ivoire.

Zu allem Überdruss fehlt hier, im ersten Absatz eine Angabe, welche Regierung gemeint ist. Dass es heißt **diese Regierung**, zielt vordergründig ins Leere, weil diesem Satz überhaupt keine solche genannt ist. Der Ort des Abschlusses dieser Konvention (Abidjan) führte hingegen wieder zur Ivorischen Regierung. Der zweite Absatz und die darin geregelte, besondere Pflicht zur Verschwiegenheit wäre aber weitgehend überflüssig, da per kollektiven Befehl zu bewirken, wenn mit der Regierung im ersten Absatz die Ivorische gemeint wäre. Jedenfalls wirft die Regelung Zweifel auf, ob die Einhaltung der Reglements und Anordnungen laut Absatz I durch die Funktionäre auch Gegenstand der Vertragspflicht Frankreichs ist, wo diese doch nicht ausdrücklich vorgesehen sind.

Das *mettre en cause* im dritten Absatz ist sehr weitschweifend, dabei aber schwammig und wenig konkret: Wird etwa Frankreich infrage gestellt, wenn es (zum Kampf gegen den auch dort vorherrschenden Hochverrat) militärisch anvisiert wird?

Im vierten Absatz aber tritt erneut eine Partizip-Konstruktion auf, die zwischen den beiden, dunkelblau unterstrichenen Regierungen und dem ebenso und hervorgehobenen *présentant* gebildet wird, das keine beugenden Endungen aufweist, obschon es solcher (einem *e* am Schluss) bedürfte, bezöge es sich auf die *activité* bzw. die *manifestation*. Somit sind es die Regierungen, denen verboten ist, so sie dabei dem Service einen fremden Charakter verleihen, den Funktionären irgendeine Aktivität oder Demonstration auferlegen. Aufgrund der oben ausgeführten, mannigfaltig möglichen Auslegungen in eine beiden Vertragsparteien widrige Richtung wäre nicht dem Service fremd, eine Aktivität aufzuerlegen, welche solcher Auslegung entspricht; was freilich die ganze Regelung *ad absurdum* führt. – Eine zweite mögliche Deutung dieses Absatzes geht dahin, dass sich die besagte Konstruktion insgesamt auf das sich verbieten bezieht, wodurch zum Ausdruck käme, dass die Regierungen sich, dem Service einen fremden Charakter verleihend, verbieten, den Funktionären jedwede Aktivität oder Demonstration aufzuerlegen. Dies bedeutete, dass ihnen keine, die geltenden Gesetze und Verordnungen laut Absatz I präzisierenden Befehle erteilt werden dürften, dass sie somit weitgehend freie Hand dabei hätten, diese umzusetzen.

Ähnliches tritt im letzten Absatz mit einem Widerspruch zum gerade Ausgeführten zutage, in dem festgehalten wird, dass Ivorische Hilfe nur zu erwarten und geschuldet ist, wenn sich die Funktionäre als Gegenstände oder Objekte fügen, anstatt auf eigene Faust zu agieren.

Im Artikel 11 finden sich Bestimmungen gegen lukrative Nebenbeschäftigung; im Artikel 12 die Pflicht der Ivorischen Regierung, Dienstbeurteilungen nach französischem Reglement zu erstatten. Und Artikel 13 kehrt vor, dass die Funktionäre seitens der Ivorischen Regierung keine andere disziplinäre Sanktion zu erwarten haben, als jene, der Verfügung Frankreichs rücküberstellt zu werden.

Der nachfolgende Titel III enthält finanzielle Bestimmungen.

Beachtens wert ist aus dem Titel IV, Sonstiges, noch Artikel 18, der da lautet:

#### Titre IV. — Dispositions diverses.

**Article 18. — Les modalités d'exécution de la présente Convention sont fixées en tant que besoin par des accords entre les deux Gouvernements ou leurs représentants dûment mandatés.**

Des Conventions annexes pourront être conclues régissant les fonctionnaires de certains cadres ou groupes de cadres, en fonction de leur statut particulier, ou des fonctions particulières qu'ils auront à assumer dans la République de Côte-d'Ivoire. Ces Accords pourront **exceptionnellement** déroger aux clauses de la présente Convention.

La Mission d'Aide et de Coopération qui sera installée auprès de la République de Côte-d'Ivoire, en application de l'article 4 du Décret 59-462 du 27 mars 1959 est, entre autres attributions, habilitée à étudier avec le Gouvernement de la République de Côte-d'Ivoire, les problèmes particuliers que pourrait poser l'exécution de la présente Convention.

Elle reçoit communication de tous les documents adressés par le Gouvernement de la République de Côte-d'Ivoire au Ministère d'Etat chargé de l'Aide et de la Coopération.

Indem Absatz 2 *ausnahmsweise* Abweichungen von dieser Konvention in sie ausführenden Sonderabkommen zulässt, gewinnt das im ersten Absatz hervorgehobene *mandatés* besondere Bedeutung, steht es doch gerade nicht für *bevollmächtigt*, sondern nur für *beauftragt*. Dass in manchen Lexika das Beispiel *mandater un avocat* (einen Anwalt beauftragen) zu finden ist, ändert daran nichts, weil es sich dabei um den rechtshistorisch gewachsenen Sonderfall handelt, in dem der Auftrag die Vollmacht konkludent inkludiert, nämlich für den und im Namen des Klienten zu handeln.

Und dies alles, wahlgemerkt, im Rahmen der *Communauté*

An dieser Stelle ist noch kurz auf den, die Elfenbeinküste betreffenden, beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anhängig gewesenen Fall der 2004 ins Leben gerufenen *United Nations Operation in Côte d'Ivoire* (UNOCI) einzugehen. Deren Mandat wurde vom UNSC in seiner Resolution [S/RES/2284\(2016\)](#), wie folgt modifiziert:

##### *UNOCI mandate*

13. *Endorses the Secretary-General's withdrawal plan, including phased force reductions, as recommended in his special report of 31 March 2016 ([S/2016/297](#)), and, taking into account the security conditions on the ground following the successful conclusion of the presidential election of 25 October 2015 and the overall progress made in Côte d'Ivoire, including with respect to the capacity of the Government of Côte d'Ivoire to take over UNOCI's security role, requests the Secretary-General to implement this plan, in close cooperation with the Government of Côte d'Ivoire and all relevant stakeholders;*

14. *Decides that the mandate of UNOCI as set out in paragraphs 15 and 18 below shall be extended for a final period until 30 June 2017;*

15. *Decides that until 30 April 2017, the mandate of UNOCI shall be the following:*

(a) *Protection of civilians*

– To support the Ivorian security forces to protect civilians in the event of a deterioration of the security situation that could risk a strategic reversal of peace and stability in the country, taking into account UNOCI's reduced capabilities and areas of deployment;

[...]

16. Authorizes UNOCI until 30 April 2017 to use all necessary means to carry out its mandate, as set forth in paragraph 15 above, within its capabilities and its areas of deployment;

17. Requests the Secretary General to complete by 30 April 2017 the withdrawal of all uniformed and civilian UNOCI components, other than those required for the Mission's mandate as described in paragraph 18 below;

18. Decides that from 1 May to 30 June 2017 the mandate of UNOCI shall be to complete the Mission's closure as described in paragraph 61 of the special report of the Secretary-General ([S/2016/297](#)) and to finalize the transition process to the Government of Côte d'Ivoire and the United Nations Country Team (UNCT), including through any remaining political facilitation that may be required;

Obschon das Mandat laut Punkt 15., die Ivorischen Kräfte dabei zu unterstützen, Zivilisten zu schützen, mit 30. April 2017 befristet worden ist, ließe sich – zumal dieser in Punkt 14. nicht genannt ist – nach Punkt 16. argumentieren, dass die dort genannten *allen nötigen Mittel* innerhalb seiner Möglichkeiten (*capabilities*; welche im Übrigen außerhalb des auf Punkt 15. verweisenden Nebensatzes stehen!), bei Bedarf (Pkt. 15.) bedeuten, dass erst recht wieder keine Kräfte nach Punkt 17. abgezogen werden sollen, solange diese noch gebraucht werden, sodass sich diese am 30. April 2017 alle noch auf Ivorischem Gebiet aufgehalten hätten.

Dies verträgt sich hervorragend mit operativem Punkt 7. dieser Resolution, welcher unter der Rubrik **Security Institutions** zu finden ist und da lautet, wie folgt:

7. Welcomes the continued cooperation between, and the conduct of coordinated activities by UNOCI and the defence and security forces of Côte d'Ivoire, including the Forces Républicaines de Côte d'Ivoire (FRCI), underlines the renewed importance of such cooperation as UNOCI draws down and fully transitions its security responsibilities to the Government of Côte d'Ivoire, reiterates the importance for the Government of Côte d'Ivoire to ensure strict adherence by the defence and security forces, including the FRCI, to international humanitarian, human rights and refugee laws and in this context, recalls the importance of training in human rights, child protection and sexual- and gender-based violence for all of Côte d'Ivoire's security and law-enforcement agencies;

Die beiden gelb bzw. orange hervorgehobenen Passagen indizieren, dass die Ivorischen Kräfte, neben jenen der FRCI, auch noch aus fremdländischen, insbesondere französischen bestehen, die der Ivorischen Regierung zur Verfügung gestellt sind.<sup>26</sup> Zumal aber der erste Satz des Punktes 7. UNOCI diesen Kräften gegenüberstellt, können diese französischen Truppen nicht Teil derselben sein. Dessen ungeachtet trachtete der UNSC in seinen frühen Resolutionen, insbesondere [S/RES/1464\(2003\)](#) sehr wohl, diese französischen Truppen unter seinen Befehl zu ziehen, was diese aber allem Anschein nach nicht befolgt haben. – Andererseits ordnet der mit *underlines* beginnende zweite Halbsatz des Punktes 7. implizit an, dass auch diese französischen Truppen, soweit sie nicht als UNOCI zugehörig abzuziehen seien, dem Befehl der Ivorischen Regierung zu unterstellen sind.

Vorausgesetzt, dass am 30. April Ruhe herrschte, wäre somit sowohl der UN-Einsatz als auch eine Krisensituation (je im Sinne des EVG-Vertrages; siehe oben!) beendet; dies einmal abgesehen davon, dass nach dem lila hervorgehobenen Passus im obigen Punkt 17. sehr wohl Uniformierte auch über den 30. April hinaus beschäftigt werden hätten können, soweit dies zur Umsetzung des Punktes 61. des Berichts des Generalsekretärs ([S/2016/297](#)) nötig wäre. Dieser Punkt 61. lautet:

61. By 30 June 2017, the full closure of the mission would be complete. This would include all associated tasks such as the closure of facilities, removal of equipment, final payments and other administrative requirements. A team specialized in such tasks, overseen by appropriate leadership, would operate from 1 May to 30 June 2017, and would also finalize the transition to the United Nations country team, as well as any political facilitation deemed appropriate by the Government.

<sup>26</sup> Verfolgt man die Genesis der UNOCI in den einschlägigen Resolutionen des UNSC zurück, bis in ihr Gründungsjahr 2004, findet man dies bestätigt.

Diese vorgenannte Beendigung bewirkte demnach die Rückunterstellung der Truppen unter den Befehl der EVG bzw. der NATO, und zwar auch betreifs der französischen Truppen, seien diese Teil UNICIs, seien sie es nicht.

An dieser Stelle ist zum [EVG-Vertrag aus 1952](#) zurückzukehren: Dessen Artikel 14 lautet:

#### Article 14

**Dans les cas où une mission internationale à accom-  
plir en dehors du territoire défini à l'article 120, § 1, est  
confiée à un État membre, la fraction des contingents  
fournie par cet État aux Forces européennes de défense  
nécessaire pour remplir cette mission est, sur sa de-  
mande et avec l'accord du Commandant Suprême com-  
pétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlan-  
tique Nord, mise à sa disposition par le Commissariat,  
sur avis conforme du Conseil statuant à la majorité des  
deux tiers. Les contingents ainsi détachés cessent de  
relever de la Communauté jusqu'au moment où ils sont  
remis à sa disposition dès que leur emploi n'est plus  
nécessaire pour remplir la mission susvisée.**

**En pareil cas les dispositions de l'alinéa 2 de l'ar-  
ticle 13 ci-dessus sont applicables.**

Auch hier, im unteren, hervorgehobenen Teil, ist keine Rede von Rückbeförderung nach dem in Artikel 120 § 1 genannten Gebiet. Dieser lautet:

#### Article 120

**§ 1. Le présent Traité est applicable aux territoires  
européens des États membres.**

Bemerkt wird ausdrücklich, dass diese Bestimmung das bisher Gesagte nicht etwa umstürzt, sondern eher bestätigt, zumal er einzig auf Gebiet, nicht aber auf Truppen abstellt.

Artikel 15 des EVG-Vertrages lautet:

#### Article 15

**§ 1. Les Forces européennes de défense sont consti-  
tuées de personnels recrutés par conscription et de per-  
sonnels de métier ou servant à long terme par engage-  
ments volontaires.**

**§ 2. Elles sont intégrées selon les dispositions orga-  
niques des articles 68, 69 et 70 ci-après.**

**Elles portent un uniforme commun.**

**Elles sont organisées selon les types définis au Proto-  
cole militaire. Cette organisation peut être modifiée par  
le Conseil statuant à l'unanimité.**

**§ 3. Les contingents destinés à composer les Unités  
sont fournis par les États membres suivant un plan de  
constitution arrêté par accord entre les Gouvernements.  
Ce plan est susceptible de révision dans les conditions  
prévues à l'article 44 ci-après.**

Die im § 1 grün hervorgehobene Passage erinnert an das oben zuletzt erörterte Abkommen zwischen Frankreich und der Elfenbeinküste, zumal auch hier eine Partizip-Konstruktion vorliegt, die aus *les forces* und *servant* gebildet wird. Die vorliegenden drei Varianten der Rekrutierung sind daher Ausschreibung zur Einberufung, Berufssoldatentum und langfristige Freiwillige. Im Umkehrschluss lassen sich auch kurzfristige Berufssoldaten denken, was auf Söldner hindeutet.

Erstmals befasste sich der UNSC mit der Elfenbeinküste im Jahre 2003, am 4. Februar, in seiner Resolution [S/RES/1464\(2003\)](#), welche laut deren Entwurf ([S/2003/140](#)) auch in ihrer französischen Fassung authentisch ist. Deren operativer Punkt I samt deren letztem Erwägungsgrund lautet:

*Prenant note de l'existence de défis pour la stabilité de la Côte d'Ivoire et considérant que la situation en Côte d'Ivoire constitue une menace à la paix et à la sécurité internationales dans la région,*

1. *Fait sien l'accord signé par les forces politiques ivoiriennes à Linas-Marcoussis le 24 janvier 2003 (S/2003/99) (« l'Accord de Linas-Marcoussis »), approuvé par la Conférence des chefs d'État, et demande à toutes les forces politiques ivoiriennes de l'appliquer pleinement et sans délai;*

Nach der Erwägung, dass der Weltfriede und die globale Sicherheit bedroht seien, *macht* der UNSC hier den Linas-Marcoussis-Accord *zu dem Seinen* und verlangt von allen politischen Ivorischen Kräften dessen vollständige und unverzügliche Anwendung. Indem er diesen Accord sich aneignet, macht er dessen Inhalt unter [Artikel 25 UN-Charta](#) verbindlich. Dass er lediglich von den politischen Kräften dessen Umsetzung verlangt, zeigt, dass er davon ausgeht, dass darin genannte etwaige militärische Kräfte unter deren Befehl stehen, wie es dem Selbstbestimmungsrecht der Völker allein Rechnung trägt.

In diesem Accord ([S/2003/99](#)), dessen französische Fassung allein authentisch ist, heißt es, nachdem darin zuvor eine Versöhnungsregierung ins Leben gerufen wurde, u. a.:

- f) Le gouvernement de réconciliation nationale s'attachera dès sa prise de fonctions à refonder une armée attachée aux valeurs d'intégrité et de moralité républicaine. Il procèdera à la restructuration des forces de défense et de sécurité et pourra bénéficier, à cet effet, de l'avis de conseillers extérieurs et en particulier de l'assistance offerte par la France;
- g) Afin de contribuer à rétablir la sécurité des personnes et des biens sur l'ensemble du territoire national, le gouvernement de réconciliation nationale organisera le regroupement des forces en présence puis leur désarmement. Il s'assurera qu'aucun mercenaire ne séjourne plus sur le territoire national;
- h) Le gouvernement de réconciliation nationale recherchera le concours de la CEDEAO, de la France et des Nations Unies pour convenir de la garantie de ces opérations par leurs propres forces;

Im Absatz f) wird betont, dass die Hilfe Frankreichs zum Vorteil der Elfenbeinküste zu gereichen hat (*pourra bénéficier*), was alleine schon eine Ohrfeige für dieses ist.

Die Versammlung und Entwaffnung der existierenden Streitkräfte, im Absatz g), sowie die Versicherung, dass kein Söldner mehr sich auf dem Gebiet der Elfenbeinküste befindet, deuten allesamt darauf hin, dass das unmittelbare Ziel die Aufstellung eigener Streitkräfte ist.

Im Absatz h) aber wird die Versöhnungsregierung angehalten, den Beitrag der ECOWAS, Frankreichs und der Vereinten Nationen zu suchen, um sich auf die Garantie dieser Unterfangen durch deren *eigene* Streitkräfte zu verständigen. Dass hier, im Bezug auf die drei Genannten, so sehr von eigenen Kräften die Rede ist, scheint dringend zweierlei zu heißen: zum einen, dass Kuckuckseier auszuscheiden seien, und zum anderen, dass der eigentliche Auftrag an diese Kräfte in erster Linie nur Zurückhaltung heißen kann; denn zu entwaffnen und zu reorganisieren sind auch diese. Möglich, da mit dem Sinn und Zweck jedenfalls vereinbar, ist auch, dass es sich hier um einen Übersetzungsfehler aus dem Englischen handelt, das dieses *leurs (their)* eigentlich auf die Versöhnungsregierung bezogen wissen wollte, die im Englischen in der Mehrzahl steht. Dies passte ausgezeichnet zur NATO!<sup>27</sup> Und nur so ist auch die Beisetzung des *propre* einfacher verständlich.

Ganz demgemäß lauten operative Punkte 9 und 10 der Resolution 1464, wie folgt:

---

<sup>27</sup> Bei der englischen Fassung des Dokuments S/2003/99 handelte es sich demnach um eine Rückübersetzung in diese Sprache.

9. *Agissant en vertu du Chapitre VII de la Charte des Nations Unies, et conformément à la proposition contenue au paragraphe 14 des conclusions de la Conférence des chefs d'État sur la Côte d'Ivoire (S/2003/99), autorise les États Membres participant à la force de la CEDEAO en vertu du Chapitre VIII, de même que les forces françaises qui les soutiennent, à prendre les mesures nécessaires pour assurer la sécurité et la liberté de circulation de leurs personnels et pour assurer, sans préjudice des responsabilités du Gouvernement de réconciliation nationale, la protection des civils immédiatement menacés de violences physiques à l'intérieur de leurs zones d'opérations et en fonction de leurs moyens, pour une période de six mois à l'issue de laquelle le Conseil évaluera la situation sur la base des rapports mentionnés au paragraphe 10 ci-dessous et discutera du bien-fondé du renouvellement de l'autorisation;*

10. *Prie la CEDEAO, au travers du commandement de sa force, et la France de lui faire périodiquement rapport sur tous les aspects de l'exécution de leurs mandats respectifs, par l'intermédiaire du Secrétaire général;*

Der darin zitierte Absatz 14 in der Schlussfolgerungen der Staatschefs geht damit völlig konform.

Hier, im orange hervorgehobenen ersten Passus werden also auch die französischen Streitkräfte ermächtigt, und zwar, jene der ECOWAS zu unterstützen, was auf eine Unterstellung deren Befehls hindeutet! Demgemäß ist auch im Punkt 10 die Rede von je (unterschiedlichen) Mandaten. Diese Mandate befristete der UNSC mit 6 Monaten und hielt dabei fest, dass er sie nach Ablauf dieser Frist aufgrund dieser Berichte (laut Punkt 10) evaluieren werde.

Bereits am 13. Mai 2003, also in offener solcher Frist, verabschiedete der UNSC seine Resolution [S/RES/1479\(2003\)](#), in deren operativem Punkt 2. es heißt, wie folgt:

2. *Décide de créer, pour une période initiale de six mois, une Mission des Nations Unies en Côte d'Ivoire (MINUCI) avec pour mandat de faciliter la mise en œuvre par les parties ivoiriennes de l'Accord de Linas-Marcoussis et comprenant une composante militaire sur la base de l'option b) prévue dans le rapport du Secrétaire général, en complément des opérations menées par les forces françaises et celles de la CEDEAO;*

Gleichfalls für sich somit überlappende 6 Monate wird hier *in Ergänzung zu den von den französischen und den ECOWAS-Truppen erbrachten Operationen eine MINUCI mit Pro-Mandat (sic!) ausgestattet*. Der Begriff der Ergänzung bleibt hinsichtlich der Frage der Über- oder Unterordnung neutral, was sich somit an den Erfordernissen zu orientieren habe. Mit der Option b) ist jene im Absatz 71 des Berichts des Generalsekretärs ([S/2003/374](#)) gemeint, welcher lautet:

#### **Military activities**

71. In the military sphere, the options considered by the assessment mission included (a) establishing a military advisory team in the office of my Special Representative; (b) deploying a military liaison group which would be co-located with the field headquarters of the French and ECOWAS forces, as well as those of the government and rebel forces; (c) deploying military observers throughout the country, as envisaged at the Paris summit; and (d) launching a fully-fledged peacekeeping operation.

Dass hier ausdrücklich auch eine (vom UNSC ja übernommene) Einbeziehung der Rebellen stattfindet, zeugt von deren Rechtmäßigkeit, was wieder stark auf Malversationen und Meuterei in den wohl französischen Truppen hindeutet, womit wir wieder bei den oben erörterten Verträgen sind.

Am 4. August 2003 verlängerte der UNSC in seiner Resolution [S/RES/1498\(2003\)](#) die Ermächtigung für ECOWAS und Frankreich für sechs weitere Monate, also bis zum 4. Februar 2004. Und in seiner Resolution [S/RES/1514\(2003\)](#), vom 13. November 2003, zog der UNSC betrefts der MINUCI gleich und verlängerte deren Mandat auch bis zum 4. Februar 2004.

Mit seiner Resolution [S/RES/1527\(2004\)](#), vom 4. Februar 2004 verlängerte der UNSC sowohl die Ermächtigung von ECOWAS und Frankreich als auch das Mandat von MINUCI bis zum 27. Februar 2004.

Mit Resolution [S/RES/1528\(2004\)](#), vom 27. Februar 2004, richtete der UNSC eine neue Kraft, die oben bereits erörterte UNOCI, wie folgt, ein:

1. *Decides to establish the United Nations Operation in Côte d'Ivoire (UNOCI) for an initial period of 12 months as from 4 April 2004, and requests the Secretary-General to transfer authority from MINUCI and the ECOWAS forces to UNOCI on that date, and decides therefore to renew the mandate of the United Nations Mission in Côte d'Ivoire (MINUCI) until 4 April 2004;*
2. *Decides that UNOCI will comprise, in addition to the appropriate civilian, judiciary and corrections component, a military strength of a maximum of 6,240 United Nations personnel, including 200 military observers and 120 staff officers, and up to 350 civilian police officers, as required to perform the mandated tasks described in the following paragraph 6;*

Außerdem entschied der UNSC darin, wie folgt:

6. *Decides that the mandate of UNOCI, in coordination with the French forces authorized in paragraph 16 below, shall be the following:*

[...]

15. *Decides to renew until 4 April 2004 the authorization given to the French forces and ECOWAS forces through its resolution 1527 (2004);*

16. *Authorizes for a period of 12 months from 4 April 2004 the French forces to use all necessary means in order to support UNOCI in accordance with the agreement to be reached between UNOCI and the French authorities, and in particular to:*

- Contribute to the general security of the area of activity of the international forces,*
- Intervene at the request of UNOCI in support of its elements whose security may be threatened,*
- Intervene against belligerent actions, if the security conditions so require, outside the areas directly controlled by UNOCI,*
- Help to protect civilians, in the deployment areas of their units;*

17. *Requests France to continue to report to it periodically on all aspects of its mandate in Côte d'Ivoire;*

Mit diesem Mandat wurde Frankreichs Truppe massiv zurechtgestutzt. Sie musste nunmehr *zur Sicherheit beitragen* und durfte nur mehr über Ersuchen der UNOCI bzw., wenn es die Sicherheitsbedingungen (für die es ja selbst verantwortlich war, verlangten), einschreiten, welcher Zirkelschluss eine gehörige Ohrfeige ebenso war, wie der Auftrag an UNOCI, mit Frankreichs Regierung ein Abkommen zu schließen, womit nämlich sämtlichen (oben zum Teil erörterten) Verträgen zwischen Frankreich und der Elfenbeinküste der Boden entzogen wurde.

All dies zeigt nicht nur, dass sich der UNSC der (auch) hochverräterischen Machenschaften unter französischer Flagge bewusst war, sondern bestätigt auch meine Auslegung der einschlägigen Bestimmungen der UN-Charta<sup>28</sup>, wonach jedwede Aktivität von fremden Truppen auf dem Gebiet eines Dritten Staates, außerhalb der Selbstverteidigung im Sinne des [Artikels 51 UN-Charta](#), nicht nur dessen Zustimmung, sondern auch der Genehmigung durch den UNSC bedarf.

Es folgen noch einige Überlegungen zum EVG-Vertrag aus 1952: Dessen Artikel 16 hat es in sich; er lautet:

**Article 16**  
**La défense intérieure des territoires des États membres contre les attaques de toute nature ayant des buts militaires, provoquées ou effectuées par un ennemi extérieur, est assurée par des formations homogènes de statut européen, spécialisées pour chaque État membre dans la mission de défense de son territoire, et relevant pour leur emploi des autorités prévues à l'article 18 ci-après.**

<sup>28</sup> Also insbesondere der Artikel 11, 26 und 47 der UN-Charta.

Indem hier die Rede davon ist, dass lediglich die *interne Verteidigung* (vom deutschen Gesetzgeber mit: *Heimatverteidigung*, übersetzt) und zwar lediglich gegen militärische Ziele gewährleistet sei, ergibt sich aus einem jweiligen Umkehrschluss, dass äußere Verteidigung (mithin solche nationaler Interessen auf anderen Kontinenten?) ebenso lediglich von einem fakultativen Beschluss der Gemeinschaftsorgane abhängt, wie die Verteidigung, welche zivile Ziele betrifft, womit wir beim staatlichen Terrorismus angelangt sind, was Artikel 17 mitnichten widerlegt, ja eher bestätigt:

**Article 17**  
**La protection civile est assurée par chacun des États membres.**

Denn er betrifft mit seinem zivilen Schutz sowohl nationale zivile Ziele als Schutzobjekt, als auch zivile Elemente als Operationsorgane.

Artikel 18 § I setzt fort, wie folgt:

**Article 18**  
**§ 1. Le Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord est habilité, sous réserve du cas visé au paragraphe 3 du présent article, à s'assurer que les Forces européennes de défense sont organisées, équipées, instruites et préparées à l'emploi de façon satisfaisante.**  
**Dès qu'elles sont en état d'être employées, et sous réserve du même cas, elles sont affectées au Commandant Suprême compétent relevant de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, qui exerce à leur égard les pouvoirs et responsabilités qu'il détient en vertu de ses attributions, et, en particulier, soumet à la Communauté ses besoins en ce qui concerne l'articulation et le déploiement des Forces; les plans correspondants sont exécutés dans les conditions prévues à l'article 77 ci-après.**  
**Les Forces européennes de défense reçoivent des directives techniques des organismes appropriés de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, dans le cadre de la compétence militaire de ces derniers.**

Daraus ergibt sich somit die direkte und *eo ipso* erfolgende Unterstellung der einsatzbereiten Truppen dem Befehl des NATO-Oberbefehlshabers, wobei dieser seinen Bedarf betreffs des Zusammenspiels und des Einsatzes der Truppen der Gemeinschaft melden kann, woraufhin Pläne erstellt und exekutiert werden.

Zur Abrundung ist dem noch hinzuzufügen, was folgt:

Der *Brussels Treaty* vom 17. März 1948<sup>29</sup>, mit dessen Artikel IV unter den Vertragsparteien<sup>30</sup> eine militärische Beistandspflicht im Angriffsfalle vereinbart worden war, wurde anlässlich des Beitritts Deutschlands zu diesem Vertrag und zur NATO am 23. Oktober 1952 durch insgesamt vier Protokolle<sup>31</sup> geändert bzw. ergänzt; deren erstes in seinem Artikel 3 vorkehrt, was folgt:

*Article 3*

The following new Article shall be inserted in the Treaty as Article IV: «In the execution of the Treaty the High Contracting Parties and any organs established by Them under the Treaty shall work in close co-operation with the North Atlantic Treaty Organization».

«Recognising the undesirability of duplicating the Military Staffs of NATO, the Council and its agency will rely on the appropriate Military Authorities of NATO for information and advice on military matters.»

Articles IV, V, VI and VII of the Treaty will become respectively Articles V, VI, VII and VIII.

<sup>29</sup> [19 UNTS 304](#).

<sup>30</sup> Belgium, France, Luxembourg, Netherlands and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

<sup>31</sup> a) *Protocol modifying and completing the Treaty*, [211 UNTS 342](#); b) *Protocol No. II on Forces of Western European Union*, [211 UNTS 374](#); c) *Protocol No. III on the Control of Armaments*, [211 UNTS 380](#); und d) *Protocol No. IV on the Agency of Western European Union for the Control of Armament*, [211 UNTS 392](#).

Damit war eine enge Verflechtung zwischen der Westeuropäischen Union und der NATO in militärischen Belangen hergestellt.

Das zweite oben genannte Protokoll sieht in seinem Artikel I vor, was folgt:

*Article I*

1. The land and air forces which each of the High Contracting Parties to the present Protocol shall place under the Supreme Allied Commander Europe in peacetime on the mainland of Europe shall not exceed in total strength and number of formations :

- (a) for Belgium, France, the Federal Republic of Germany, Italy and the Netherlands, the maxima laid down for peacetime in the Special Agreement annexed to the Treaty on the Establishment of a European Defence Community signed at Paris, on 27th May, 1952; and
- (b) for the United Kingdom, four divisions and the Second Tactical Air Force;
- (c) for Luxembourg, one regimental combat team.

2. The number of formations mentioned in paragraph 1 may be brought up to date and adapted as necessary to make them suitable for the North Atlantic Treaty Organization, provided that the equivalent fighting capacity and total strengths are not exceeded.

3. The statement of these maxima does not commit any of the High Contracting Parties to build up or maintain forces at these levels, but maintains their right to do so if required.

Aus der orange hervorgehobenen Passage lässt sich zwangslässig ein Umkehrschluss dahin ziehen, dass weitere, nicht kontingentierte Truppen auf außereuropäischen Interessensgebieten, also Territorien etwa in Afrika möglich – obschon, woran hier erinnert wird, völkerrechtswidrig – sind.

Der lila hervorgehobene Verweis auf den EVG-Vertrag aber unterstützt die hier vertretene These von dessen schwebender Weitergeltung seit 1952. Der darin zitierte Spezialvertrag wurde nie veröffentlicht<sup>32</sup>

Zur Lage um Deutschland

In der Präambel bzw. im Artikel 4 der ursprünglichen Fassung des sog. Deutschlandvertrages<sup>33</sup> heißt es:

DASS die Bundesrepublik und die  
Drei Mächte sowohl die neuen Be-  
ziehungen, die durch diesen Vertrag  
und seine Zusatzverträge geschaffen  
werden, als auch die Verträge zur  
Bildung einer integrierten europä-  
ischen Gemeinschaft, insbesondere den  
Vertrag über die Gründung der Euro-  
päischen Gemeinschaft für Kohle und  
Stahl und den Vertrag über die Grün-  
dung der Europäischen Verteidi-  
gungsgemeinschaft als wesentliche Schritte  
zur Verwirklichung ihres gemein-  
samen Strebens nach einem wieder-  
vereinigten Deutschland anerkennen,  
das in die europäische Gemeinschaft  
integriert ist;

bzw.:

<sup>32</sup> DEPARTMENT OF STATE, *American Foreign Policy Basic Documents, 1950-1955*, Vol. I, Washington (1957), [977](#), FN 2.

<sup>33</sup> *Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten*, Bonn, 26. Mai 1952; [dt. BGBl II 1954/3](#).

#### Artikel 4

(1) Die Aufgabe der von den Drei Mächten im Bundesgebiet stationierten Streitkräfte wird die Verteidigung der freien Welt sein, zu der die Bundesrepublik und Berlin gehören.

(2) In bezug auf die Stationierung dieser Streitkräfte im Bundesgebiet werden die Drei Mächte die Bundesrepublik konsultieren, soweit es die militärische Lage erlaubt. Die Bundesrepublik wird, nach Maßgabe dieses Vertrages und der Zusatzverträge, in vollem Umfang mitwirken, um diesen Streitkräften ihre Aufgabe zu erleichtern.

(3) Die Drei Mächte werden nur nach vorheriger Einwilligung der Bundesrepublik Truppen eines Staates, der zur Zeit keine Kontingente stellt, als Teil ihrer Streitkräfte im Bundesgebiet stationieren. Jedoch dürfen solche Kontingente im Falle eines Angriffs oder unmittelbar drohenden Angriffs ohne Einwilligung der Bundesrepublik in das Bundesgebiet gebracht werden, dürfen dagegen nach Beseitigung der Gefahr nur mit Einwilligung der Bundesrepublik dort verbleiben.

(4) Die Bundesrepublik wird sich an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beteiligen, um zur gemeinsamen Verteidigung der freien Welt beizutragen.

Die gesamte Präambel des Deutschlandvertrages wurde entfernt sowie zuvor zitiert Artikel 4 neugefasst, durch das *Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany*<sup>34</sup>, in dem es betreffs des Artikels 4 heißt:

**ARTICLE 4**

*Substitute :*

*"Article 4*

"1. Pending the entry into force of the arrangements for the German Defence Contribution, the Three Powers retain the rights, heretofore exercised or held by them, relating to the stationing of armed forces in the Federal Republic. The mission of these forces will be the defence of the free world, of which Berlin and the Federal Republic form part. Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 5 of the present Convention, the rights and obligations of these forces shall be governed by the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as "the Forces Convention") referred to in paragraph 1 of Article 8 of the present Convention.

"2. The rights of the Three Powers, heretofore exercised or held by them, which relate to the stationing of armed forces in Germany and which are retained, are not affected by the provisions of this Article insofar as they are required for the exercise of the rights referred to in the first sentence of Article 2 of the present Convention. The Federal Republic agrees that, from the entry into force of the arrangements for the German Defence Contribution, forces of the same nationality and effective strength as at that time may be stationed in the Federal Republic. In view of the status of the Federal Republic as defined in Article 1, paragraph 2 of the present Convention and in view of the fact that the Three Powers do not desire to exercise their rights regarding the stationing of armed forces in the Federal Republic, insofar as it is concerned, except in full accord with the Federal Republic, a separate Convention deals with this matter."<sup>1</sup>

<sup>1</sup> United Kingdom : *Treaty Series No. 77 (1955)*, Cmnd. 9617. Will also appear in United Nations, *Treaty Series*, Vol. 334, under No. 4765.

Demnach kann kaum mehr ein Zweifel daran bestehen, dass der EVG-Vertrag aus 1952 in Schweben ist.

Das zusammenfassende vorläufige Ergebnis ist somit, dass Truppen europäischer Staaten in Afrika stationiert sind, die unter NATO-Befehl stehen.

*Quod erat demonstrandum!*

<sup>34</sup> Paris, 23. Oktober 1954; [331 UNTS 4758](#).

(Fortsetzung folgt!)<sup>35</sup>

---

<sup>35</sup> Die/der geschätzte LeserIn wird eingeladen, ab und an den Link zu dieser Arbeit aufzurufen, zumal gut sein kann, dass ich noch weitere Ergänzungen anzufügen finden werde.